

Die Stellungnahme Oesterreich-Ungarns zu den Sowjet-Beschlüssen.

Von Wiener unterrichteter Seite teilt man uns mit:

Gewisse Blätter haben den Beschlüssen des Sowjet-Kongresses in der Friedensfrage eine Wertung unterlegt, die weder den vorhergehenden Tatsachen noch der augenblicklichen Lage und am wenigsten dem eigentlichen Sinn und Wesen dieser Beschlüsse entspricht. Durch eine Nichtstellung von unterrichteter Seite soll die wirkliche Lage gekennzeichnet und jener auf irrigen Voraussetzungen beruhenden Auffassung der Lage vorgebeugt werden, als ob es jetzt bereits Sache der österreich-ungarischen Regierung sei, auf einen gemachten Friedensvorschlag zu antworten. In Wirklichkeit bedeutet der Beschluß des Sowjet-Kongresses nicht schon einen tatsächlichen Friedensvorschlag an die Mittelmächte. Er stellt erst die Aufforderung des Kongresses an die russische Regierung dar, im Sinne dieses Beschlusses Friedensvorschläge auszuarbeiten. Es bleibt gegenwärtig der Kardinalpunkt der ganzen Frage, ob und in wie weit das Petersburger Kabinett dieser Aufforderung nachkommt und sich die Leitgedanken des Beschlusses der Sowjets zu eigen macht. Bis jetzt ist weder in Wien, noch in Berlin, wie wir bestimmtstens mitteilen können, ein derartiger Vorschlag eingelaufen oder das Angebot eines Waffenstillstandes gemacht worden. Vor allem muß mit einer gewissen Geduld abgewartet werden, ob und wann die neuen Machthaber in Rußland mit ihren Friedensvorschlägen an unsere Regierung herantreten. Vorkäufig fehlt für unsere Regierung auch die formelle Unterlage, um ihrerseits irgendeinen Schritt zu unternehmen. Es wird zur Erwägung vorzulegen sein, daß augenblicklich überhaupt noch nicht mit voller Sicherheit gesagt werden kann, ob sich die Maximalisten im Besitz der leitenden Gewalt halten und befähigt sein werden, ihre Friedensvorschläge an die Mittelmächte gelangen zu lassen. Noch stehen Lenin und Kerenski im Kampf, der in der kürzesten Zeit zum Ausbruch und zur Entscheidung kommen muß. Die russische Regierung muß vorerst gezeigt haben, daß sie die Macht fest in den Händen zu halten vermag. Dann kann sie ihre Vorschläge machen, und unsere Regierung wird nicht zögern, zu denselben Stellung zu nehmen. Vor Austragung dieses jetzt begonnenen oder beginnenden Kampfes zwischen Lenin und Kerenski kann die Friedensfrage im Sinne der Sowjets nicht zur Fragestellung und zur Formulierung gelangen. Wenn wirklich die Maximalisten die Oberhand behalten und die von ihnen bestellte Regierung mit Friedensvorschlägen hervortritt, dann wird unsere Regierung im Einverständnis mit den Verbündeten sofort zu denselben Stellung nehmen.

Die veröffentlichten Friedensgrundsätze der Sowjets können dahin gekennzeichnet werden, daß sie den Ausgangspunkt für ernste Verhandlungen bilden können. Die Formel „ohne Annexionen und Kontributionen“ entspricht dem Friedensziel der österreich-ungarischen Regierung. Jedoch bedarf sich das, was wir unter „Annexionen“ verstehen, nicht mit dem, was die heutige russische Regierung mit diesem Ausdruck bezeichnen will. Es wird Sache der eventuellen Verhandlungen sein, zu diesem Punkte von unserer Seite Gegenanschläge zu erstatten. Es scheint, als ob der Beschluß des Sowjet-Kongresses solche Gegenanschläge erwartet, denn der Kongreß scheint zu erkennen, daß sein Annexionsbegriff zu weit gespannt ist.

Berlin, 12. November.

Die hiesigen Blätter verweisen im allgemeinen in ihrer Besprechung der neuen russischen Friedensvorschläge darauf, daß die Friedensbereitschaft der Mittelmächte hinlänglich bekannt sei. Jetzt hätten die Regierungen der Westmächte das Wort. Auch wird die Unklarheit der Vorschläge der Sowjets hervorgehoben und betont, daß die Machtverhältnisse in Rußland derzeit zu schwankend und wechselvoll seien, um nach den Beschlüssen einer Partei, die vielleicht morgen schon wieder von einer andern verdrängt sei, die Friedenspolitik der Mittelmächte einzurichten.